Amt Moorrege	
E.	28. Okt. 2009
	2

EFO - Nachrichten

RECHT*konkret*

Informationen und Arbeitshilfen

aus dem **Fachausschuß Recht und Finanzierung**

des Fachverbandes **Evangelische Obdachlosenhilfe e.V.**

November 2000

Auszug

aus:

Problemfeld Unterkunft im Polizei- und Ordnungsrecht

EVANGELISCHE OBdachloSenHILFE e.V.

- vormals Deutscher Herbergsverein von 1886 -

FACHVERBAND DES DIAKONISCHEN WERKES DER EKD

Staffenbergstraße 76 - 70184 Stuttgart *** Tel.: 0711 / 2159-725, -724 - Fax: 0711 / 2159-569

e-mail: wohnungslose@diakonie.de

ko

Mindestanforderung an die Unterkunft

Im Wesentlichen wird also in gemeindeeigenen oder städtischen Obdachlosenunterkünften untergebracht – hier insbesondere Familien. Alleinstehende Wohnungslose werden dagegen vielfach in Behelfsunterkünften (Baracken, Bunker, Container etc.) eingewiesen. Was nun die Standards von Notunterkünften bzw. die Mindestanforderungen an eine menschenwürdige Unterkunft betrifft, so ist dies ebenfalls Gegenstand der Empfehlungen der einzelnen Bundesländer zur Vermeidung bzw. Beseitigung von Obdachlosigkeit. So z.B. auch in den Bayerischen Empfehlungen für das Obdachlosenwesen:

“In vorübergehenden Unterkünften (Notunterkünften, Sammelunterkünften) darf ein Obdachloser nur untergebracht werden, wenn diese den Mindestanforderungen einer menschenwürdigen Unterbringung entsprechen. Bei der Beurteilung der Frage, welchen Mindestanforderungen eine Obdachlosenunterkunft entsprechen muss, in der Obdachlose länger als ein Jahr untergebracht werden sollen, ist auf die Vorschriften (Art.9) des Wohnungsaufsichtsgesetzes vom 24. Juli 1974 (BayRS 2330 – 1 – I) abzustellen (BayVGh, Urteil vom 14. August 1990, BayVBI 1991, S.114).

Die Notunterkunft gewährleistet ein vorübergehendes Unterkommen einfacher Art; sie bietet Raum für die notwendigsten Lebensbedürfnisse; die an eine Normalwohnung zu stellenden Anforderungen bezüglich Lage, Größe, Einrichtung und sonstiger Verhältnisse brauchen nicht erfüllt zu sein. Es besteht weder ein Anspruch auf Räume bestimmter Art, Lage oder Größe oder für eine bestimmte Zeitdauer noch ein Anspruch auf Raum für berufliche Arbeit, sonstige Beschäftigung oder zur Unterbringung von Haustieren; nach Möglichkeit soll alles zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz des Obdachlosen getan werden. Unterbringungen in Notunterkünften von über einem Jahr sollten nach Möglichkeit vermieden werden, weil sie die teuerste Lösung des Problems darstellen und zu vermehrten psychosozialen Problemen der Obdachlosen führen.”

Anzumerken ist, dass hier auf eine Landesvorschrift (Wohnungsaufsichtsgesetz) verwiesen wird, welche die Mindestanforderungen für Wohnungen regelt. Dieses Wohnungsaufsichtsgesetz enthält die Vorschrift, dass einem Obdachlosen, wenn er länger als ein Jahr untergebracht werden soll, mindestens ein Raum von 9 qm zur Verfügung stehen muss. Deutlich wird hier auch, dass die Anforderungen an eine Unterkunft anders zu beurteilen sind, wenn die Unterbringung über längere Zeit andauert.

Grundsätzlich jedoch gilt, dass die Beschaffenheit einer Obdachlosenunterkunft nicht allgemein definiert ist, doch muss sie in jedem Fall menschenwürdig sein. Die Anforderungen an eine menschenwürdige Unterkunft jedoch sind im Lauf der Zeit Schwankungen unterworfen, d.h. sie sind am zivilisatorischen Niveau zu messen, das allerdings nicht nur durch eine stetige Entwicklung zum Besseren hin gekennzeichnet ist. Das heißt, es kann auch ein entsprechend niedrigerer Standard zulässig sein, wenn ein stark ansteigender Unterbringungsbedarf besteht (vgl. VGh Kassel, DVBI, 1991, S.1271). Die Maßstäbe für die Unterbringung von Familien (mit Kindern) und der Unterbringung einer einzelnen Person sind unterschiedlich, d.h. alleinstehende Wohnungslose müssen weitergehende Einschränkungen hinnehmen. Einzelbeispiele aus der Rechtsprechung ergeben bezüglich der Mindestanforderungen an eine Unterkunft für alleinstehende Personen folgendes Bild:

- Eine gemeindliche Obdachlosenunterkunft ist grundsätzlich nicht menschenunwürdig, wenn sie über eine Waschelegenheit, nicht aber über ein Bad oder eine Dusche ver-

fügt (VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 29. Oktober 1992 – 1 S 1523/92 – unveröffentlicht)

- Eine 30 qm große Ein-Zimmer-Unterkunft mit Küche, fließendem Wasser und WC für eine alleinstehende Person gewährleistet eine menschenwürdige Unterbringung (VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 30. Oktober 1986, DÖV 1987, S.256)
- Die Unterbringung einer einzelnen Person in einer nicht beheizbaren Holzbaracke mit schwarzem Schimmel an den Wänden, ist insbesondere im Winter menschenunwürdig (VG Stuttgart, Beschluss vom 29. Januar 1986, abgedruckt in: Gefährdetenhilfe 1987, S.12).
- Einer obdachlosen Einzelperson ist grundsätzlich eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zumutbar; sie hat keinen Anspruch auf einen Raum, der ihr allein zur Verfügung steht (VGH Mannheim, Beschluss vom 24. Februar 1993, NVwZ 1993, S.1220).
- Bei der Einweisung einer obdachlosen Person in eine Gemeinschaftsunterkunft sind schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen, die bei der Unterbringung drohen, zu berücksichtigen (BverfG, NVwZ 1993, S.1181).
- Die Unterbringung eines Obdachlosen in einem Wohnwagen, der mit Stromanschluss, Brennstelle, Kühlschrank, Heizung, Waschgelegenheit und Toilette ausgestattet ist, stellt eine menschenwürdige Unterbringung dar, zumal die Aufenthaltsdauer auf zwei Monate beschränkt ist (BayVGH, BayVBl. 1995, S.86).

Diese Beispiele zeigen, wie gering die Anforderungen an die Wohnqualität von Notunterkünften sind (weitere Beispiele siehe Ruder, S.76ff und Brühl, Rechtsschutz für Wohnungslose, 1998, S.159).